Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: With. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 69 Donnerstag, den 14. Juni 1928 41. Jahrgang

Parker Gilbert meldet sich.

In der Luisenstraße unweit dem Reichstag in Berlin sitzt seit nunmehr fast vier Jahren der Generalagent der Reparationskommission mit seinen Untergenten und seinem nicht gar sehr großen Bureau. Und nicht bloß alle Jahre wird von ihm ein dickleibiger Bericht herausgegeben, sondern dieser Amerikaner, dessen Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit auch der Deutsche anerkennen muß — nur selten sieht man ihn dort, wo das „gesellschaftliche" Berlin sich trifft — gibt auch jeden Sommer noch einen nur wenig dünneren Zwischenbericht darüber heraus, wie Deutschland seine Dawes-Zahlungen geleistet hat und wie diese verwendet wurden. Dieser Bericht ist aber auch eine bisweilen ausgezeichnete Darstellung der deutschen Finanzverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden, der deutschen Wirtschafts-, Währungs-, Kredit-, Tarifpolitik usw. Allerdings ducken bei den Ausführungen überall bestimmte Tendenzen deutlich genug hervor.

Neun Monate, die Zeit vom 1. September bis zum 1. Juni, umfaßt der soeben wieder erschienene Bericht des Reparationsagenten und in diesen neun Monaten hat Deutschland pünktlich und regelmäßig, auf den Fälligkeitstag genau, im ganzen fast anderthalb Milliarden an das Bureau in der Luisenstraße überwiesen. Davon hat Parker Gilbert 598 Millionen für die Bezahlung von deutschen Sachleistungen an die Gläubigerstaaten benutzt — England und die Vereinigten Staaten kommen hierfür nicht in Frage —, aber 654 Millionen hat er „in fremder Währung transferiert". Unter dieser Bezeichnung — das ganze Zahlungs- und Überweisungssystem des Dawes-Planes ist ja überaus kompliziert — versteht man die Zahlungen, die an diese Gläubigerstaaten in deren Währung zu leisten sind, und dazu gehört vor allem die 26prozentige Zuschlagsabgabe, die jeder deutsche Exporteur auf seine Ware bei der Ausfuhr nach England und nach Frankreich zu entrichten hat und die ihm dann von der deutschen Regierung durch das Bureau des Reparationsagenten rückvergütet wird. Dazu gehören aber auch Barleistungen für die Besatzungstruppen, gehören vor allem die eigentlichen Barzahlungen, die der Generalagent in Devisen an die Gläubigerstaaten überweist. Unter diesen letztgenannten verbirgt sich das eigentliche Transfer„problem". 260 Millionen sind in dieser Art über die deutsche Grenze gegangen, eine Summe, die wieder beträchtlich höher ist als die des Vorjahres.

Zum erstenmal hat sich auch das Verhältnis zwischen den Sachlieferungen (Zahlungen in Reichsmark) und den Bartransfers (Zahlungen in fremder Währung ganz allgemein) insofern grundlegend geändert, als die Sachlieferungen nur noch 47 Prozent der Gesamtleistungen ausmachen, also weniger als die in Valuten. Obwohl die Sachlieferungen an sich nicht unbedeutend gestiegen sind, — aber die Gesamtzahlungssumme ist eben im jetzt laufenden vierten Dawes-Jahr, das am 1. September zu Ende ist, wieder erheblich höher geworden. Wir sind immer noch in der „Übergangsperiode". Und im nächsten, dem „Normal"jahr, schnellen die Zahlungen „aus dem Reichshaushalt" um 750 Millionen bis zu einer Gesamtbelastung von 2,5 Milliarden in die Höhe oder — noch höher. Wenn es uns nämlich wirtschaftlich gut geht, dann wird der „Wohlstandsünder" angelegt und die Zwangszahlung demgemäß höher geschraubt.

Es ist bekannt, daß der Reparationsagent schon seit langem den theoretisch immer noch „vorläufigen" Dawes-Plan zu einem endgültigen umgestaltet wissen will, zum mindesten nach Ablauf des ersten „Normal"jahres und dann unter Festlegung einer Endsumme, eines „endgültigen Übereinkommens auf der Basis gegenseitiger Verständigung". Viel Gegenliebe hat Parker Gilbert dabei noch nicht gefunden und nur für Deutschland wäre dies ein zweischneidiges Schwert. Wenn der „Wiederaufbau Europas", von dem der Reparationsagent spricht, etwa nur darin bestehen soll, daß Deutschland auf viele Jahre hinaus bis zum Weißbluten ausgesaugt wird, dann haben die Schöpfer dieses Planes mehr als eigenartige Anschauungen über wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Der Bericht des Reparationsagenten.

Parker Gilbert stellt in seinem Bericht einleitend fest, daß die deutschen Zahlungen regelmäßig und pünktlich trotz des wachsenden Aufkommens an Reparationsleistungen erfolgten. Zwar bestände in der öffentlichen Finanzwirtschaft noch die Tendenz übermäßiger Ausgabe- und Anleihegebaren, doch ermutige die Tatsache, daß die Reichsregierung in letzter Zeit die Notwendigkeit der Innehaltung gewisser Grenzen in der öffentlichen Anleihewirtschaft erkannt habe. Die Konjunktur der deutschen Wirtschaft habe anscheinend ihren Höhepunkt erreicht; die Lohn- und die durch diese verursachten Preissteigerungen würden indessen unter Umständen künftighin die Ausfuhrmöglichkeiten beeinträchtigen. Der Kredit sei noch immer knapp. In dem Abschnitt über den deutschen Haushalt wird die durch verschiedene Maßnahmen dokumentierte Führerschaft des Reiches im öffentlichen Finanzwesen als ein klarer Fortschritt in der Richtung eines gesunden und geordneten Finanzgebarens bezeichnet. Ein baldiger und endgültiger Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern sei erwünscht. Die auswärtige langfristige Verschuldung seitens öffentlicher und privater Stellen ohne die Dawes-Anleihe schätzt Gilbert auf 5500 Millionen Mark. Die kurzfristige Verschuldung sei kaum viel geringer. Wenn Deutschland weiter Auslandskredit erhalten wolle, so sei es erforderlich, das Vertrauen des ausländischen Anleihezeichners weiter zu befestigen. Das führe aber nunmiedrum auf die Frage der Feststellung der endgültigen Reparationsschuld, der auch das kurze Schlußwort des Berichtes noch einige Ausführungen widmet. Der Plan ist nicht Selbstzweck. Im Interesse aller Beteiligten läge es, „durch gemeinsames Abkommen zu einer endgültigen Regelung, und zwar, wie die Sachverständigen beschlossen hätten, so bald, wie die Umstände dies erlaubten, zu gelangen".

Besonders hervorgehoben seien noch die Ausführungen, die der Generalagent über

die Lage der Landwirtschaft

macht. Er meint, daß das Problem infolge der hohen Zinsen schwer zu behandeln sei. Die vom Reiche im Notprogramm vorgesehenen Maßnahmen und der Plan des Enquete-Ausschusses hätten nur beschränkte Bedeutung, da die Reichsmaßnahmen eingestandenermaßen Notbehelfe darstellen und das Gutachten der Enquete sich nicht mit den umfassenderen Kreditproblemen, von denen der landwirtschaftliche Kredit nur eines sei, befasse. Die Knappheit des landwirtschaftlichen Kredits und die hohen Zinssätze seien das Ergebnis zahlreicher Ursachen, von denen nicht die geringste darin läge, daß die Kommunalbehörden, welche sich auf die Steuerkraft stützen könnten, Kreditbedingungen eingehen können, welche die Landwirtschaft weder zahlen noch durchhalten könnte. Ermutigend sei es, daß man in Deutschland immer mehr Bedacht nähme auf die grundsätzlichen Verschiebungen, die die Nachkriegszeit für die Landwirtschaft auf der ganzen Welt mit sich gebracht habe. Vernünftigerweise sei anzunehmen, daß bei der lebenswichtigen Reorganisation landwirtschaftlicher Methoden zunächst Bedacht genommen werde auf solche Produktionszweige, welche ein dichtbevölkertes Industrieland am besten aufrechterhalten könne, z. B. Milch, Vieh, Geflügel und Gemüse, und bei dem am besten Mann für Verbesserungen sowohl in bezug auf die Produktions- wie auf die Handelsmethoden gegeben sei.

Demission des Kabinetts Marx

Müller-Franken mit der Regierungsbildung beauftragt.

Reichskanzler Dr. Marx hat, wie dies kurz nach den Reichstagswahlen vereinbart worden ist, am Dienstag, dem Vortage des Zusammentritts des neuen Reichstages, dem Reichspräsidenten die Demission des Gesamtkabinetts überbracht. Reichspräsident von Hindenburg hat die Demission entgegengenommen, das Kabinett aber gleichzeitig ersucht, bis zum Zusammentritt der neuen Reichsregierung die Geschäfte weiterzuführen. Im Anschluß hieran hat der Reichspräsident den Abg. Hermann Müller-Franken (Soz.) empfangen und ihm den Auftrag zur Bildung der Regierung erteilt, den Abg. Müller-Franken annahm.

Dr. Marx, der scheidende Reichskanzler. — Abg. Müller-Franken, der kommende Reichskanzler.

Abg. Müller-Franken nahm sofort im Reichstag die offiziellen Verhandlungen mit den Parteiführern über die Bildung der neuen Regierung auf. Er unterhandelte mit dem Abg. von Guérard (Ztr.), Abg. Leicht (Bayer. Vp.), Abg. Drewitz (Wirtsch.-Partei), Abg. Koch-Weser (Dem.) und auch mit dem Abg. Scholz (D. Vp.). Es handelt sich bei diesen Unterredungen zunächst nur um eine Fühlungnahme zur Feststellung der Bereitwilligkeit der Parteien, sich an der Koalitionsbildung zu beteiligen, aber noch nicht um Personenfragen.

Wie es heißt, sind die in Frage kommenden Parteien zur Teilnahme an der Bildung der Großen Koalition grundsätzlich bereit. Allerdings wird von ihnen die Aufstellung eines Regierungsprogramms gefordert, nach dem die Reichsgeschäfte geführt werden sollen. So wird berichtet, daß das Zentrum wieder seine Ansprüche auf das Reichsschulgesetz angemeldet hat, daß die Volkspartei Sicherungen in der Frage des Beamtentums und der Reichswehr wünscht, daß die Bayerische Volkspartei Zusagen haben will, daß das Eigenleben der Länder unter der etwa kommenden Großen Koalition nicht mehr beeinträchtigt werden darf als bisher.

Abg. Müller-Franken hatte die Absicht, sein Kabinett so schnell wie möglich zustande zu bringen. Er wollte hierbei so verfahren, daß er sich mit keinem ins einzelne gehenden Regierungsprogramm dem Reichstag vorstellt, sondern nur kurz umrissene Richtlinien für die beabsichtigte Geschäftsführung vorzulegen gedachte. Seine in Aussicht genommenen Koalitionsgenossen scheinen um allerdings auf diesem Wege nicht folgen zu wollen, sondern scheinen bestimmte Bindungen zu fordern. Unter diesen Umständen dürfte allerdings die Bildung der neuen Reichsregierung noch etwas auf sich warten lassen, zumal auch in der Personenfrage noch einige Schwierigkeiten bestehen sollen.

Ablesen verboten!

Der Reichstagspräsident hat die Entfernung des Rednerpultes von der Rednertribüne des Reichstages angeordnet, um den Reichstagsabgeordneten das Ablesen vorbereiteter Reden unmöglich zu machen. Er hofft, die parlamentarischen Debatten dadurch interessanter zu gestalten.

Aussprache über die Regierungserklärung.

Preußischer Landtag.

(3. Sitzung.) tt. Berlin, 11. Juni.

Präsident Bartels eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Min.

Auf der Tagesordnung steht die allgemeine Aussprache über die Regierungserklärung. Verbunden damit sind die Mißtrauensanträge der Deutschnationalen und der Kommunisten.

Die Aussprache wird eröffnet durch den Abg. Herold (Ztr.), der eine

gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien

abgibt, in der es heißt:

Die Regierungsparteien billigen die Erklärung, die durch den Ministerpräsidenten Dr. Braun namens des Staatsministeriums abgegeben worden ist. Sie stimmen den Richtlinien der Regierung zu, die auf die soziale und kulturelle Hebung der breiten Volkskreise und die Förderung der Wirtschaft hinzielen.

Sie sind insbesondere auch ihrerseits bereit, zu gegebener Zeit in eine Beratung über die Erweiterung der Regierungsbasis unter den vom Staatsministerium dafür angegebenen Voraussetzungen einzutreten.

Abg. v. Winterfeld (Dtn.) betont, daß nach der Verfassung der Landtag den Ministerpräsidenten zu wählen hat. Danach hätte die Regierung zurücktreten müssen. Die Regierungserklärung habe nichts Neues gebracht; deshalb spreche seine Partei der Regierung das Mißtrauen aus.

Abg. Pieck (Komm.) trat für den kommunistischen Amnestieantrag ein.

Abg. Eichhoff (D. Vp.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt, die Deutsche Volkspartei habe bereits im letzten Landtag erklärt, daß sie der Regierung in ihrer heutigen Zusammensetzung ein Vertrauen nicht aussprechen könne. An dieser Stellungnahme habe sich nichts geändert. Die Deutsche Volkspartei halte auch an ihrer immer eingenommenen Stellung fest, daß im Reich und in Preußen im Interesse einer reibungslosen Zusammenarbeit gleichartige Regierungen zu bilden sind.

Abg. Bieber (Deutsche Fraktion) erklärt, der Mittelstand habe bisher immer vergeblich auf die ihm versprochene Hilfe gewartet. Wenn der Ministerpräsident seine Politik unverändert fortsetzen wolle, bedeute das den

Ruin des Mittelstandes.

Abg. Ladendorff (Wirtschaftspartei) bezeichnet es als sehr kühne Behauptung, daß die Politik der Weimarer Koalition von den Wählern gebilligt worden sei.

Abg. Kube (Nationalsz.) bringt die Zustimmung seiner Gruppe zu den Mißtrauensanträgen zum Ausdruck.

Nach weiteren kurzen Ausführungen von Mitgliedern der Regierungsparteien wird die Weiterberatung auf Dienstag vertagt. Der Abg. Kube wird noch nachträglich wegen des Vorwurfes gegen den Justizminister, daß dieser die Verlumpung des Richterstandes herbeigeführt habe, zur Ordnung gerufen.

Der Mandatsausschuß des Völkerbundes tagt.

Fragen, die frühere deutsche Kolonien betreffen.

Der Mandatsausschuß des Völkerbundes ist zu seiner 13. Tagung zusammengetreten. Der langjährige Präsident Teodoli (Italien) und der Vizepräsident van Rees (Holland) wurden in ihren Funktionen bestätigt.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung sieht die Behandlung des von der Regierung Neuseelands vorgelegten Berichts über die Unruhen auf Samoa vor. Das deutsche Mitglied des Mandatsausschusses, Geheimrat Kastl, wurde zum Berichterstatter über die Auflösung einiger Schiedsverwaltungen der Eingeborenen ernannt. Außerdem wird sich der Ausschuß von neuem mit der bereits früher behandelten Bittschrift der deutschen Togoländer befassen.

Kellogg über seinen Friedenspakt.

Alle Völker sind einverstanden.

Anläßlich der Dreihundertjahrfeier der holländischen reformierten Kirche in Newyork hielt Staatssekretär Kellogg eine Rede, in der er auf den von ihm vorgeschlagenen Kriegsverzichtspakt zu sprechen kam.

Von allen Regierungen — so führte er aus —, an die der Vorschlag der Vereinigten Staaten sich richtete, seien zustimmende Antworten eingelaufen. Auch andere Staaten hätten den Wunsch geäußert, sich dem Vertrag anzuschließen. Alle Völker der Welt seien bestrebt, eine möglichst wirksame Sicherung des Friedens zu schaffen. Es gebe keine Regierung, die diesem Friedenswillen der Völker entgegenarbeiten könne. Der Vertragsentwurf sei allgemein verständlich und frei von Hintergedanken.

Kellogg erklärte zuletzt, daß es nicht zu optimistisch sei, wenn man hoffe, zahlreiche Regierungen demnächst zur Unterzeichnung des Vertrages bereit zu finden. An den Verhandlungen seien bisher 15 Staaten beteiligt. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwarte auch die Unterstützung aller Kirchen für diese Bewegung zur Förderung des Weltfriedens.

Der Berliner Kongreß von 1878.

Vor fünfzig Jahren, am 13. Juni 1878, trat unter Bismarcks Leitung in Berlin ein Kongreß zu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280614-15/fragment/page=0001

sammen, der die durch den Russisch-Türkischen Krieg von 1877/78 aufs Tapet gebrachten Balkanfragen endgültig regeln sollte. Die hervorragendsten Staatsmänner Europas — Lord Beaconsfield, Fürst Gortschakow, Graf Andrassy, Mehemed Ali Pascha, Waddington, Graf Schuwalow und viele andere — erschienen in schwieriger politischer Mission in des neuen Deutschen Reiches Hauptstadt. Einen ganzen Monat dauerte der Kongreß, aus dem Serbien, Rumänien und Montenegro als selbständige, vom türkischen Joch befreite Staaten hervorgingen, während Bulgarien nur zum Teil frei wurde und der Türkei auch tributpflichtig blieb. Österreich-Ungarn erhielt auf Englands Antrag das Mandat, die Provinzen Bosnien und Herzegowina „zu besetzen und zu verwalten". Diese Besetzung wurde der Keim zahlreicher Balkanwirren, aus denen sich schließlich der Weltkrieg entwickelte.

Die Hamburger Phosgenkatastrophe im Unterhaus.

Kein Grund zum Einschreiten.

Im Englischen Unterhaus antwortete der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Locker-Lampson, auf eine neue Anfrage über die Phosgengasexplosion in Hamburg u. a.: „Die Verpflichtungen der deutschen Regierung bezüglich der Herstellung und Lagerung von Giftgasen sind durch ein Abkommen mit den alliierten Mächten festgelegt. Die bisher ans Licht gebrachten Tatsachen liefern keinen Beweis dafür, daß es die deutsche Regierung etwa verabsäumt haben könnte, die Befolgung der erwähnten Bedingungen sicherzustellen. Die großbritannische Regierung ist infolgedessen nicht der Ansicht, daß es irgendwelcher Schritte von ihrer Seite bedürfe.

Locker-Lampson fügte hinzu, daß, wenn sich irgendein Verdacht ergeben sollte, daß gegen den Vertrag verstoßen worden sei, der Völkerbund das Recht habe, eine Untersuchung vorzunehmen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Weitere Lockerung des Sichtvermerkszwanges.

Der Sichtvermerkszwang zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaat Ekuador und zwischen dem Deutschen Reich und Nikaragua ist mit Wirkung vom 1. April 1928 aufgehoben worden. Die jeweils im Gebiet der in Betracht kommenden Staaten geltenden Bestimmungen über die Verhängung von Grenzsperren, über die Zurückweisung nicht einwandfreier Reisender an der Grenze, über die Ausweisung von Ausländern sowie über den Schutz des heimischen Arbeitsmarktes gegen die Überlastung mit ausländischen Arbeitskräften werden durch das Abkommen nicht berührt.

Eröffnung des neuen Anhaltischen Landtags.

Der neue Anhaltische Landtag nahm in seiner ersten Sitzung die Wahl des Präsidiums vor. Zum Präsidenten wurde der Abg. Paulick (Soz.) gewählt. Erster Vizepräsident wurde Abg. Dr. Georgs (D. Vp.), zweiter Vizepräsident Abg. Dr. Kranz (Landbund). Die Wahl des Staatspräsidenten mußte verschoben werden, weil die Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei über die Beteiligung an der Regierung noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Die nationale Wirtschaftsfraktion (Deutschnationale und Landbund) hat gemeinsam mit den Abgeordneten der Nationalsozialisten, der Hausbesitzer und der Wirtschaftspartei einen Antrag auf Änderung der Verfassung eingebracht, nach dem die Zahl der Staatsminister von drei auf einen vermindert und dem Ministerium ein parlamentarischer Beirat zur Seite gestellt werden soll.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Reichspräsident empfing den Staatssekretär des Auswärtigen Amts Dr. von Schubert zum Vortrag über den Verlauf der letzten Tagung des Völkerbundrates in Genf.

Straßburg. Baron Zorn von Bulach, der die über ihn verhängte dreizehnmonatige Gefängnisstrafe aus Gesundheitsrücksichten bisher nicht antreten konnte, hat sich im Gefängnis zum Strafantritt eingefunden. Er wurde sogleich nach seiner Aufnahme dem Gefängnislazarett überwiesen.

Paris. Das Kabinett hat sich einstimmig für die sofortige Stabilisierung des Franken auf der Grundlage des gegenwärtigen Kurses der französischen Währung ausgesprochen.

London. Im Unterhaus erklärte der Staatssekretär des Innern, daß einwandfrei festgestellt worden sei, daß die Propaganda der britischen Kommunisten mit russischem Gelde unterstützt werde.

Madrid. Ministerpräsident Primo de Rivera hat nach langer Krankheit seine Amtsgeschäfte wieder aufgenommen.

Tokio. Das japanische Kriegsministerium will eine Bestätigung der Nachricht vom Tode Tschangtsolins erhalten haben.

Newyork. Aus Kansas City wird gemeldet, daß die Präsidentschaftskandidatur Hoovers als sicher angesehen werde, wenn Coolidge auf seiner Ablehnung verharre.

Aus der Umgegend

Nebra, 14. Juni.

— **Stiller Sonntag.** Wie überall in den Ortschaften des Unstrutales, so war auch in unserm Städchen am letzten Sonntag eine unheimliche Ruhe wahrzunehmen. Auf den Straßen war fast niemand zu sehen, nur frühmorgens wies die Straße nach dem Bahnhof einem Riesenverkehr auf. Die großen Veranstaltungen auswärts: Landwirtschaftliche Ausstellung in Leipzig, Naumburger 900-Jahrfeier, Flugtag in Allstedt zogen das Publikum im weiten Umkreise an sich. Damit aber etwas los war, hielt unsere Schützengilde ihr Kleinkaliberschießen ab, wobei allerdings die Beteiligung recht schwach war. Den ersten Preis erschoß sich Herr Hilfsförster König, Schloß Nebra. Dieses Schießen gilt als Auftakt zum Mannschießen, das vom 1.—3. Juli stattfindet.

— **Abgabe der Vermögenserklärungen in der zweiten Hälfte.** Nachdem der Reichsrat in der Vollsitzung vom 8. Juni 1928 die demnächst im Reichsgesetzblatt erscheinenden Verordnungen über die Einheitsbewertung und Vermögenssteuerveranlagung 1928 und über die Bildung von Ertragswertklassen und Rahmensätzen zur Bewertung des landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und Weinbauvermögens verabschiedet hat, ist als Frist für die Abgabe der Vermögenserklärungen die zweite Hälfte des Monats Juni bestimmt worden. Erklärungsvordrucke werden den Pflichtigen rechtzeitig übersandt werden.

— **Aufbringung zur Industriebelastung.** Nachdem sich herausgestellt hat, daß das Betriebsvermögen der aufbringungspflichtigen Unternehmer größer ist, als zunächst angenommen werden konnte, hat die Reichsregierung durch eine Neunte Durchführungsverordnung zum Aufbringungsgesetze die für den zweiten Teilbetrag der Jahresleistungen für das Kalenderjahr 1928 an die Finanzämter zu entrichtenden Beträge um 20 v. H. herabgesetzt. Gleichzeitig ist der Zahlungstermin vom 15. Juni 1928 auf den 16. Juli 1928 hinausgeschoben worden, um der Wirtschaft Geld nicht früher zu entziehen, als unbedingt notwendig ist. Bei der letzten Teilzahlung hat sich gezeigt, daß die Unternehmer jetzt pünktlicher als früher zahlen, so daß die Frist zwischen der Zahlung an die Finanzämter und der Abführung des von der Industriebank an den Generalagenten für Reparationsleistungen zu zahlenden Betrages verkürzt werden kann.

— **Der Boxkampf** um die deutsche Schwergewichtsmeisterschaft wurde am Sonntag in Dortmund zwischen Ludwig Haymann-München und dem auch bei uns bekannten Bibrater Landsmann Diener ausgetragen. Schon in den ersten Runden ließ sich klar erkennen, daß der neue deutsche Schwergewichtsmeister nur Ludwig Haymann heißen könne. Der Münchener schloß dem Berliner schon in der dritten Runde das linke Auge. Diener, im Sehen dadurch stark behindert, konnte nun natürlich den Angriffsaktionen seines Gegners nicht mehr wirksam begegnen und war selbstverständlich noch mehr im Angriff gehandikapt. Die Folge war, daß Haymann Diener nach Belieben wenn auch nicht zusammenschlug, so doch den Berliner derart hämmerte, daß dieser in der achten Runde aufzugeben gezwungen war.

— **Lernt schwimmen!** In jedem Jahre meldet die Presse eine Unzahl von Todesfällen durch Ertrinken. So erfreulich die Ausbreitung des Badebetriebes im Interesse der Volksgesundheit ist, so unerfreulich sind diese vielen Unfälle. Es wäre natürlich verfehlt, deswegen das Baden einzuschränken. Das beste Mittel zur Verringerung dieser Unglücksfälle ist vielmehr Ausbildung der Bevölkerung im Schwimmen.

Roßleben. In der Gatteranlage der Firma Thüringer Holzwerke bemerkten Arbeiter gestern kurz vor der Mittagspause aus dem für Aufnahme der Sägespähne bestimmten Kellerschacht Rauch aufsteigen. Beim Nachsehen nach der Ursache gewahrten sie, daß die Sägespähne durch Heißlaufen eines Wellenlagers sich entzündet hatte. Die sofortige Bekämpfung des Brandherdes durch bereitstehende Löschapparate war von Erfolg, sodaß die wenige Minuten nach gegebener Meldung eintreffenden ersten Mannschaften der Feuerwehr, deren Hauptmann als Erster erschien, nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte. Der durch den Brand entstandene Schaden ist nicht erheblich, der Betrieb erleidet keinerlei Störung.

Hauteroda. Am vergangenen Montag wurde im Schwurgericht zu Naumburg die Sache gegen Willi Haferburg verhandelt. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten. — Haferburg hatte einen anderen Bauernburschen bei einer Rauferei mit einem Taschenmesser erstochen. — In anbetracht des Urteils ist dieser „Sport" ein billiges Vergnügen.

Heidrungen. Auf dem Wege von Esleben nach Heldrungen wurde die Ehefrau Rosa Achilles, geb. Helfer von Heldrungen von einem unbekannten, gutgekleideten Manne überfallen. Derselbe entriß ihr die Handtasche und schlug furchtbar auf sie ein, so daß sie schwere Kopfwunden erlitt und sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Hoffentlich gelingt es der Polizei, den Rohling bald zu fassen und ihn seiner gerechten Strafe zuzuführen.

Laucha. Einem Polizeibeamten entsprang ein Gefangener aus dem fahrenden Zuge zwischen Laucha und Kirchscheidungen. Der Beamte zog sofort die Notbremse, konnte aber den Gefangenen nicht wieder erwischen. Er war im hohen Getreide verschwunden und hatte die goldene Freiheit wieder erlangt.

Erfurt. Ein Erfurter Schneidergeselle, der ein Mädchen nach Gispersleben begleiten wollte, wurde in der Nacht am Wehr bei Teichmanns Hof von zwei unbekannten Raufbolden überfallen und ins Wasser geworfen. Der Ueberfallene erlitt eine Kopf- und Beinverletzung und hat bis 8 Uhr hilflos im Wasser und am Ufer gelegen.

Gispersleben b. Erfurt. Ein motorradfahrender Kaufmann aus Erfurt verunglückte auf der Gispersleben Chaussee. Der Fahrer war sofort tot; die auf dem Soziussitz befindliche Dame starb unmittelbar nach dem Unfall.

Waltershausen. Einem schweren Autounfall fiel der Waltershausener Einwohner Rudi Nicolai jr. zum Opfer. Der Wagen verunglückte auf der Fahrt vom Inselsberg, wobei der Genannte den Tod fand. Der Fall ist um so tragischer, als erst vor wenigen Jahren der Bruder des Verunglückten bei einem Motorradsturz gleichfalls ums Leben kam. Auf dem Rückwege vom Inselsberg schlug plötzlich aus dem Hinterteil des Wagens eine hohe Stichflamme empor. Offenbar hatte eine im Wagen befindliche Lackkanne Feuer gefangen. Der Besitzer des Wagens schlug eine Scheibe ein und versuchte sich durch die Oeffnung ins Freie zu retten, doch war das Auto bereits in Flammen gehüllt. Nicolai verbrannte also lebendigen Leibes im Wagen, ohne daß zu seiner Rettung irgend etwas unternommen werden konnte.

Oberbeuna. Ein Elektriker, der in den Beunaer Kohlenwerken Motoren nachsah, warf in leichtsinniger Weise den Riemen an einem Motor auf die Riemenscheibe, glitt dabei aus, wurde vom Riemen erfaßt und in die Scheibe gerissen, die ihn festklemmte. Erst durch seine herbeieilenden Kollegen konnte er mit großer Mühe wieder befreit werden, nachdem sie die Riemenscheibe abgenommen hatten. Der Verunglückte hatte schwere Knochenbrüche und schwere Quetschungen am Oberschenkel erlitten und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Mühlhausen, 11. Juni. Im benachbarten Marolterode schoß sich heute beim unvorsichtigen Umgehen mit einem Tesch'ng der 14jährige Sohn des Landwirts Albert Graul aus bisher noch nicht geklärter Ursache durch den Kopf. Die Kugel drang aus dem Hinterkopf wieder heraus und verletzte den 4jährigen Bruder des jungen Menschen. Der 14jährige Sohn war sofort tot, der 4jährige Knabe wurde in bedenklichem Zustande in das Mühlhäuser Krankenhaus eingeliefert. Man hofft, ihn am Leben erhalten zu können.

Nah und Fern

○ **Ein erster Flugversuch mit einem bemannten Raketenflugzeug.** Auf der Wasserkuppe bei Fulda fand der erste Flugversuch mit einem bemannten Raketenflugzeug statt. Der Versuch soll zu vollkommener Zufriedenheit ausgefallen sein. Das Flugzeug wurde von dem Piloten Stamer gesteuert. Es beschrieb einen Bogen von etwa 30 Meter. Der nächste Flugversuch soll nach Verbesserungen in etwa drei bis vier Wochen erfolgen. Dem Probeflug wohnte u. a. auch Fritz v. Opel bei.

○ **Die Trauerfeier für die Toten der „C. 12".** Auf dem Kieler Garnisonfriedhof fanden die Trauerfeierlichkeiten für die bei dem Explosionsunglück bei Schleimünde ums Leben gekommenen sieben Marinesoldaten statt. Als Vertreter des Reichswehrministeriums war der Chef der Marineleitung, Admiral Zenker, im Flugzeug von Berlin eingetroffen. Ferner wohnten Vizeadmiral Räder sowie zahlreiche hohe Offiziere der Marine und der Küstenwehr sowie Abordnungen aller am Standort befindlichen Marine- und Küstenwehrteile der Trauerfeier bei.

○ **Abtransport der letzten Phosgenbestände aus Hamburg.** Die letzten Phosgenbestände sind aus Hamburg abtransportiert. Das Phosgen war, auf Flaschen gefüllt, bereits in den letzten Tagen auf Leichtern elbabwärts geschafft worden und wurde nun bei den Pulvertonnen nordwestlich von Brunshausen unter Aufsicht der Reichsmarine auf einen Dampfer der Neederei Gehrke übernommen. Die Übernahme der Giftgasbestände vollzog sich völlig unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Den Transport des Giftgases begleiten ungefähr 50 Reichsmarinesoldaten.

○ **Mit dem Kinde in den Tod.** Als der Zahnarzt August Ehlers sein Hamburger Gartenhaus aufsuchte, um hier seine Familie zu treffen, fand er nur den Hut und die Handtasche seiner Frau vor. Seine Frau und sein dreijähriger Sohn waren in dem Garten nicht zu entdecken. Dadurch in große Unruhe versetzt, hat er einen in der Nähe befindlichen Polizeibeamten, seine Familie suchen zu helfen. Die Spuren führten über die Wiese zu einem Gebüsch in der Nähe der Erleninsel. Die Vermutung, daß die 35jährige Frau Selbstmord verübt und dabei ihren Sohn mit in den Tod genommen habe, bestätigte sich.

○ **Vier Schulkinder getötet.** Nach einer Meldung aus Trivandram hat ein Orkan eine in der Nähe des früheren Seehafens Quilon (Stadt Travancore) gelegene Schule zerstört. Vier Schulkinder wurden getötet, zahlreiche irrigen Verletzungen davon.

○ **Unfall auf einem amerikanischen Zerstörer.** Drei Zivilangestellte, die im Kesselraum des auf der Norfolker Marinewerft liegenden Zerstörers „Bruce" beschäftigt waren, wurden durch ausströmende Wasserdämpfe derart verbrüht, daß der Tod sofort eintrat. Zwei weitere Personen erlitten leichtere Verletzungen.

Bunte Tagesschronik

Herbede. Ein mit Bergleuten besetztes Lastauto stürzte, als es einem Hundegefährt ausweichen wollte, einen Abhang hinunter. Vier Bergleute wurden schwer, acht leicht verletzt. Nach Anlegung von Notverbänden brachte man die Verletzten ins Wittener Krankenhaus.

Sydney. Die Pazifikfliieger sind von Brisbane kommend in Sydney, der alten Hauptstadt Australiens, eingetroffen. Sie beabsichtigen, von dort nach England und von England nach Amerika weiterzufliegen.

Bestätigtes Todesurteil.

Leipzig. Vom Schwurgericht in Limburg war am 19. März 1928 der Kraftfahrer Franz Harth wegen vorsätzlichen Mordes zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Harth hatte am 19. Oktober 1927 die Gärtnereibesitzerswitwe Bunkel, Mutter von zwölf Kindern, nach kurzem Streit mit einem dolchartigen Messer erstochen. Harth hatte bei der Bunkel gewohnt und ihr versprochen, daß er 18 000 Schweizer Franken mit in das Geschäft bringen werde. Er hat aber nie das Geld gebracht, sondern im Genuß das gesamte Vermögen der Frau durchgebracht. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Ersten Strafsenat heute verworfen und somit das Urteil bestätigt.

Die Verwaltungsgemeinschaft Sachsen-Thüringen.

Weimar. Die thüringische Regierung wird eine Denkschrift über ihre Vorschläge zur Herbeiführung einer Verwaltungsgemeinschaft zwischen Sachsen und Thüringen demnächst der Öffentlichkeit übergeben, um Klarheit zu schaffen. Es geht daraus hervor, daß durch die beabsichtigten Maßnahmen die Landeshoheit Thüringens in keiner Weise beeinträchtigt wird und daß Thüringen von seiner Selbständigkeit nichts verlorengeht.

Furchtbares Ende einer unglücklichen Ehe.

Eichstädt. Eine furchtbare Bluttat ereignete sich in dem Nachbardorfe Hollenfeldt. Der 60jährige Ökonom Matthias Mühlenbauer erschlug in der Nacht seine 55jährige Ehefrau mit einer Hacke im Bett. Dann begab sich der Mörder auf den Friedhof des Ortes und erhängte sich dort an dem Grabstein seiner verstorbenen Eltern. In einem hinterlassenen Brief gibt er als Grund seiner Tat seine unglückliche Ehe an.

Attentat auf den Hauptbelastungszeugen.

Danzig. Vor der Strafkammer begann die erneute Verhandlung gegen den Regierungsrat und Rechtsanwalt Abgeordneten Dr. Blavier in dessen Betrugsaffäre. Zu Beginn des Prozesses wurde die Öffentlichkeit durch die aufsehenerregende Tatsache überrascht, daß gegen den Hauptbelastungszeugen Paul Schröter in Oliva ein Attentat unternommen worden ist. Schröter erhielt von zwei Personen mit einem Stein einen Schlag auf den Hinterkopf und wurde schwer verletzt.

Der frauenfeindliche Alpenverein.

Die Sektion Berlin des Deutsch-Oesterreichischen Alpenvereins lehnte den Antrag auf Zulassung von Frauen als ordentliche Mitglieder nach stürmischer Debatte ab, obwohl die Vorsitzenden der Sektion unter Hinweis auf die touristische Befähigung der Frauen für die Aufnahme eintraten.

Pünktlichkeit.

Von Clara Prieß.

Es heißt: Pünktlichkeit ist die Höflichkeit der Könige — sie ist aber auch die Höflichkeit jedes vornehm und pflichttreu angestellten Menschen. Wer nicht pünktlich ist, versäumt eine eigenen Pflichten, denn verlorene Zeit ist unwiederbringlich dahin und wie wieder einzuholen. Er schadet aber auch anderen durch seine Unpünktlichkeit, läßt sie warten und kostbare Zeit verlieren.

Besonders uns Frauen wird der Fehler der Unpünktlichkeit immer wieder vorgeworfen und, wenn wir ehrlich sind, werden wir zugeben, nicht ohne Grund. Fast sprichwörtlich geworden ist die Frau, die mit dem Anziehen nicht fertig ist, wenn der Mann zur festgesetzten Stunde mit ihr ausgehen will, oder die Hausfrau, die sich bei Besorgungen verschwatzt, zu spät heimkommt und dann mit der Hausarbeit nicht fertig wird. Wir Frauen haben freilich die Entschuldigung, daß gerade auf uns eine solche Fülle von verschiedener Kleinarbeit ruht, daß es schon vernünftiger Einteilung und guter Organisation braucht, um allem und allen seine Zeit und sein Recht zu geben und auf die Minute pünktlich zu sein.

Und doch hängt von unserer Vorarbeit und Fürsorge so unendlich viel ab. Die Mutter, die nicht früh genug aufsteht, um die Kinder rechtzeitig zur Schule zu besorgen, — die Hausfrau, die das Essen zu spät oder ungar auf den Tisch bringt, wird Unruhe schaffen, schlechte Laune säen und Unfriedey ernten.

Pünktlichkeit ist Ordnung und Regel in Bezug auf die Zeit. In Haus und Leben ist sie ebenso unentbehrlich wie Reinlichkeit und Ordnung, die im Beziehung zum Raum ganz dasselbe bedeuten, wie die Pünktlichkeit in Bezug auf die Zeit. Und da wir nun einmal in Raum und Zeit leben, ist als Lebensgrundlage eine Harmonie in diesen beiden Grundbedingungen unabweisbar wichtig. Ein gut Teil der Harmonie alles Menschenlebens beruht darauf, daß wir uns hier richtig einstellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280614-15/fragment/page=0002

Merkwürdig ist's, daß sogenannte gute, d. h. tüchtige und saubere Hausfrauen, sich oft so schwer an eine geregelte Zeiteinteilung, an Pünktlichkeit, gewöhnen können. Sie legen viel zu viel Wert auf Reinemachen und ähnliche häusliche Tugenden, und übersehen, wie sehr sie auf der anderen Seite sich und den Ihren durch Unpünktlichkeit schaden. Wie viel Ehe-glück ist schon beim Warten auf das Mittagessen verloren gegangen, wie viel gute Laune durch Unpünktlichkeit der Hausfrau und Mutter abhanden gekommen!

Im allgemeinen sind die Männer durch ihre Berufsarbeit mehr zur Pünktlichkeit erzogen als wir Hausfrauen. Jede Frau, die im Berufe steht, wird hier lernen müssen. Je gepetzter und schwieriger die Lebensbedingungen werden, desto mehr kommt es auf pünktliche Ausnutzung der Zeit an. Manche Hausfrauen meinen freilich immer noch, sie brauchten nicht mit der Minute zu rechnen. Und doch ist für ihren Beruf die größte Pünktlichkeit erforderlich. Hängt doch von der Leitung des Haushalts Gesundheit und Erholung, die richtige Ausnutzung der Arbeitskraft und der Freistunden, Frohsinn und Gemütlichkeit aller Hausgenossen ab. Die Frau, die sich hier nicht zur rechten Zeit schult, wird bitter unter dem eigenen Mangel an Pünktlichkeit leiden und andere leiden lassen.

Sehr leicht artet die Unpünktlichkeit dann in Unzuverlässigkeit aus. Wer öfter Zeit und Wort nicht einhält, wird das Vertrauen anderer verlieren. Zu der Treue im Kleinen gehört sicher die Pünktlichkeit. Auch in der Erziehung als Beispiel für unsere Kinder bedeutet es unendlich viel, ob sie in geregelter Zeiteinteilung mit dem Beispiel strenger Pünktlichkeit aufwachsen. Nach Lavater sind gerade Ordnung und Pünktlichkeit Eigenschaften, die durch Gewöhnung zu gewinnen und zu fördern sind. Vor allem schafft der pünktliche Mensch sich selbst Zeit. Das Geheimnis des Zeithabens, das in unserer verhetzten Zeit so wenige kennen, beruht nicht zum wenigsten darauf, daß alles zu seiner Zeit getan und die Muße-stunden innegehalten werden. Nichts ist trauriger und unerquicklicher für die Umgebung, als eine abgehetzte, ruhelose Hausmutter, die nie fertig wird. Nichts wohltuender, als die Frau, die in Harmonie mit ihren Pflichten, ihrer Zeiteinteilung lebt, die Zeit für die Ihrigen und die eigene Seele hat. Das Bild einer solchen Frau gibt uns Salomo in seinem „Lob eines tugendsamen Weibes", mit dem schönen Schlußwort: „Und ihres Mannes Herz kann sich auf sie verlassen".

Warnt Kinder vor Giftblumen!

Der nahende Sommer stellt seine bunte Pracht in die Wiesen, in die Gärten, an den Waldrand. Schon in früher Morgenstunde kommen die Sonnenstrahlen durchs Fenster, aber erst, wenn die Pflicht der Schule und die Tore der Arbeit jung und alt entlassen, gibt es den Weg ins Freie.

Eine fröhlich-tolle Kinderschar wirft sich im Jubel des Sommerglücks auf alles, was blütenbestickte Wiesen und beerenbehängte Sträucher an Lockungen entgegenhalten.

Nicht schnell genug kann die kleine Lissi ein Gänseblümchen pflücken und noch viele andere zu einem altmodisch-graziösen Kränzlein. Aber die kleine Lotte will die größere Schwester überholen. Es lockt eine Blüte, da, ganz dicht am Wiesenrand, in der Nähe von den abgrenzenden Zaunlatten, die einen Garten abschließen, mit rotem Leuchten. Schon hat die begehrende Kinderhand die schöne Blume in der Mitte des Schaftes gepickt, betrachtet das weiße, mit roten Punkten befleckte Innere des roten Kelches mit der naiven Freude des Kindes und will gerade den Blütenschaft in den Mund stecken, da reißt ein zum Glück hinzuspringendes größeres Mädchen dem Kinde den Stengel mit der schönen roten Blüte aus der Hand.

„Willst zu wohl das wegwerfen!" ruft die Große. „Das ist ja eine Giftblume! Sieh dir sie nur richtig an! Das ist ja der giftige Fingerhut!"

Ein kleines Menschenleben, das beinahe den Tod aus einem harmlos erscheinenden Blütenschaft in sich hineingesogen hätte, ist gerettet.

So aber kann auch in der bunten Fülle des Reichtums der freien Natur eine glührote Beere am Strauch das unwissende Kind zum Naschen verlocken, und — es ist die Tollkirsche, die, wie der Fingerhut, den Tod bringt.

Darum ist es für Eltern und Erzieher geboten, bei Ausflügen die Kinder zur Vorsicht im Umgang mit Blumen und Beeren anzuhalten, sie auf die Erkennungsmerkmale der giftigen Eigenschaften aufmerksam zu machen und sie, weil der Anschauungsunterricht immer der zuverlässigste Ratgeber bleiben wird, möglichst an die wildwachsenden Todbringer heranzuführen, damit sich die Kleinen das Aussehen dieser gefährlichen Blumen und Beeren genau einprägen können.

Giftige Blumen und Beerenbüschel gar selbst ins Haus zu bringen und als Zierde in Vasen zu stellen, hieße, eine Gefahr ins eigene Heim hineinzutragen. H. G.

Warmes Wetter in Sicht.

Die Besserung der Wetterlage, die sich gegen Ende der Vorwoche ankündigte, setzte sich nur sehr langsam durch, da das Tiefdruckgebiet, das im Osten Europas lag, nur mit geringer Geschwindigkeit abzog. Immerhin brachten die ersten Tage der letzten Woche eine durchgreifende Veränderung. Die Temperaturen, die zuvor noch weit unter den Normalwerten gelegen hatten, stiegen bei aufklärendem Himmel ganz erheblich. Mitte der Woche wurden an vielen Orten 20 Grad Celsius überschritten. Dann traten aber neue Störungen auf. Zunächst erschienen kleinere Tiefdruckwirbel über Mittelskandinavien, die ihren Einfluß sehr schnell südwärts ausdehnten. Im Laufe des Donnerstags kam es in Nord- und Mitteldeutschland vielfach zu Gewitterregen, die jedoch zunächst keine wesentliche Abkühlung brachten. In Mitteldeutschland fielen dabei ziemlich erhebliche Niederschlagsmengen. Nach der allgemeinen Wetterlage muß man auch für die nächsten Tage mit einer Fortdauer der Gewitterstörungen rechnen. Eine wesentliche Temperaturabnahme ist nicht zu erwarten; im Gegenteil kann man damit rechnen, daß wir nach dem Aufhören dieser Störungen recht warmes Wetter bekommen.

Vermischtes

= **Die Justiz soll die Verbrecherdrüse töten.** Zu den vielen Drüsen, die wir schon haben, ist jetzt noch die „Verbrecherdrüse" hinzugekommen — mindestens aber ist sie neu entdeckt worden. Der Newyorker Arzt und Röntgenologe Dr. Hersey hielt vor Ärzten und Naturforschern einen Vortrag, in dem er kund und zu wissen tat, daß Schwerverbrecher nach einem von ihm entdeckten Verfahren kuriert und wieder zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft gemacht werden könnten. Man erreicht das durch Behandlung einer gewissen Drüse, in der die verbrecherischen Instinkte des Menschen ihren Sitz haben, mit X-Strahlen. Die Verbrecher sind nämlich, nach Dr. Herseys Ansicht, nur bedauernswerte Kranke, die gar nichts dafür können, daß sie Morde begehen, Häuser in Brand stecken, Portemonnaies aus den Taschen der anderen stehlen usw. Einzig und allein die verflixte Drüse ist schuld! Die Justiz sollte also, so meint Dr. Hersey, nicht die Verbrecher, sondern die Drüse töten. Sobald dies geschehen sei, sei nicht mehr zu fürchten, daß der operierte Delinquent noch neue Verbrechen begehe. Die Drüse, um die es sich handelt, liegt im Hals und wiegt 10 bis 20 Gramm. In den ersten Lebensjahren hat sie jeder Mensch; so ungefähr vom 16. Lebensjahre an aber verschwindet sie bei den meisten von uns. Wer abnorm ist und sie länger behält, ist der „geborene Verbrecher" und muß auf den Operationstisch. Am Ende wird vielleicht der Staatsanwalt das Operieren lernen müssen!

Landwirts Arbeitskalender im Juni.

Heuernte und Schädlingsbekämpfung geben für diesen Monat den Hauptinhalt der Arbeiten an. Wer in niederschlagsreichen Strichen sein Heu machen muß, wie wir es im vergangenen Jahre fast alle tun mußten, der überlege noch im letzten Augenblick, ob er nicht einen Versuch machen soll, das Heu auf Reutern oder Heinzen zu trocknen. Einige solche behelfsmäßige Gegenstände lassen sich aus ein paar Stangen oder Latten immer noch schnell zusammenzimmern, zumal mit Rücksicht auf den durch das kalte Wetter verzögerten Graswuchs der Schnitt diesmal vielfach etwas später beginnen wird, abgesehen natürlich von den begünstigten Lagen, wo man dreimal schneidet und wo man den ersten Schnitt schon hereinholt.

Mit Voraussicht der vielfach verminderten Rauhfutterernte wird man der jetzt beginnenden Aussaat von späten Grünfutter, Ölrettich, Senf, Buchweizen und selbst noch Mais, besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Aussaat von Lupinen zur Gründüngung, Bearbeiten der Kartoffeln, Hacken, Versetzen und Verziehen der Rüben, Auspflanzen von Kohl- und Futterrüben auf gut vorbereitetem Land an regnerischen Tagen. Klee, Luzerne, Kleegrasgemenge, ebenso grasspendende Weg- und Grabenränder mähen, Luzerne bei trockenem Wetter gleich abeggen, Raps und Wintergerste zu ernten beginnen, das Land sofort zum Grünfutteranbau ausnützen. Vor Beginn der Heuernte die Ansahrtwege zu den Wiesen reparieren, Mähmaschinen, Erntewagen, Sensen, Heurechen in Bereitschaft bringen. Scheunen und Speicher lüften und reinigen. Ställe stets luftig halten, Obacht geben auf Reinhaltung der Krippen und guten Zustand des dargereichten Grünfutters. Allem Vieh möglichst Gelegenheit zum Weidegang oder doch zur Bewegung im Freien geben, Schweinen auch Badegelegenheit.

In der Kleintierzucht: Auch den Kaninchen freien Auslauf verschaffen, junge Puten trocken und warm halten, keine Hühner mehr zur Zucht, sondern nur noch zur Schlachtung brüten lassen. Am Bienenstand: Schwarmzeit scharf beobachten, Königinzucht treiben. Im Garten: Unkraut und Raupen bekämpfen, Schwefeln gegen Mehltau, Tabaksbrühe gegen Blattläuse, Sommerblumen und Herbstastern auspflanzen, Knollen und Zwiebeln der Frühlingsblüher herausnehmen und zum Nachreifen einschlagen, mit dem Abfenkern der Nelken beginnen, Ernte der Stachelbeeren, Schutz der reifenden Erdbeeren gegen Fäulnis und Schneckenfraß usw., Nachbindungen der Obstbäume, bei Trockenheit Zwergobst fleißig gießen, Gemüsesetzlinge weiter auspflanzen, Speiserüben säen, Erbsen und Bohnen mit Reisig stützen, Hecken beschneiden, Gewürzkräuter möglichst bis zur zweiten Hälfte des Monats schneiden und trocknen. Im Groß- und Kleinbetrieb Komposthaufen pflegen, d. h. sie umstechen und jauchen.

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 12. Juni.

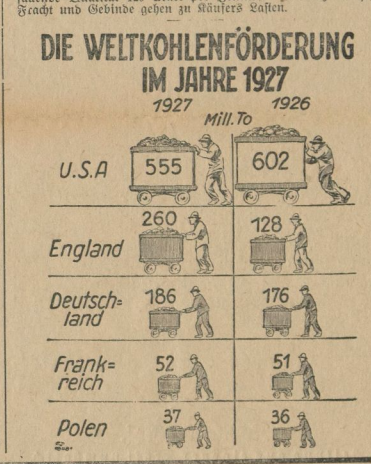
* **Produktenbörse.** Amerikas Märkte sandten schwächere Kurse, die auf den günstigen kanadischen Saatenstandsbericht zurückgeführt wurden. Die Cifofferten waren um 10 bis 20 Cents für Weizen ermäßigt, fanden aber kaum Beachtung da die anhaltende Trockenheit den Mehlmarktes jegliche Unternehmung der Mühlen lähmte. Der Zeitmarkt eröffnete per Juli etwa 2 Mark matter, um im Verlaufe noch weiter abzubröckeln. Beim Roggen waren die Lieferungspreise durchgängig schon zu Anfang ermäßigt. Sie behielten im Verlauf ihren Preisstand. Heimische Zufuhren für Weizen, besonders aus Mitteldeutschland, fast über Bedarf, beim Roggen sehr mäßig, aber ausreichend. Gerste still, Hafer beinahe behauptet. An Angebot mangelte es nicht. Verkäufer halten auf Preise. Mais vom Konsum am Platze noch gefragt. Mehl andauernd still.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark

	12. 6.	11. 6.		12. 6.	11. 6.
Weiz., märk	258-261	260-263	Weizkl. f. Bin.	17,0	17,0
pommersch.	—	—	Roggkl. f. Bin.	18,5	18,5
Roggen, märk	274-276	276-278	Raps	—	—
pommersch.	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vikt.-Erbsen	50-62	50-62
Braugerste	245-275	245-275	kl. Speiseerbs.	35-40	35-40
Futtergerste	—	—	Futtererbsen	24-26	24-26
Hafer, märk.	260-265	260-265	Peluschken	24,0-24,5	24,0-24,5
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	23,0-24,0	23,0-24,0
westpreuß.	—	—	Wicken	25,0-27,0	25,0-27,0
Weizenmehl			Lupin., blau	14,2-15,5	14,2-15,5
p. 100 kg fr.			Lupin., gelbe	16,0-17,0	16,0-17,0
Brl. br. inkl.			Seradella	23,0-28,0	23,0-28,0
Sack (feinst	32,0-36,0	32,2-36,2	Rapskuchen	18,8-19,0	18,8-19,0
Mrk ü. Not.			Leinkuchen	22,6-23,4	22,6-23,9
Roggenmehl			Trockenschtzl.	15,6-15,8	15,5-15,8
p 100 kg fr.			Soja-Schrot	20,6-21,2	20,6-21,2
Berlin br			Torfml. 30,70	—	—
inkl. Sack	36,0-38,7	36,2-39,0	Kartoffelflck.	26,7-27,1	26,7-27,1

* **Amtliche Heu- und Strohnotierungen.** (Erzeugerpreise) per 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Reichsmark): Quadratballen drahtgepr. Roggenstroh 1—1,25, desgl. Weizenstroh 0,90—1,05, desgl. Haferstroh 0,80—1,05, desgl. Gerstenstroh 0,80—1,05, Roggenlangstroh 1 bis 1,25, bindfadengepr. Roggenstroh 0,80—1,00, desgl. Weizenstroh 0,70—0,90, drahtgepr. Heu 0,30 über Notiz, Häcksel 1,65 bis 1,80, handelsübl. Heu 1,80—2,20, gutes Heu 3,10—3,50, Luzerne lose 4,70—4,90, Timothy 4,20—4,70, Kleeheu lose 4,10 bis 4,60.

* **Amtliche Berliner Butternotierung.** (Amtlich ermittelt durch die Berliner Butternotierungskommission.) 1. Qualität 157 Mark per Zentner, 2. Qualität 146 Mark per Zentner, abfallende Qualität 129 Mark per Zentner. Tendenz: Ruhig. Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten.



Von Frühling zu Frühling

Roman von A. Arnefeld.

55. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Der zweite versetzte Meta in große Aufregung. Es war nicht, wie sie gehofft hatte, Frau Bettinas Antwort auf ihren ersten Brief aus Dopolanyi, sondern ein Schreiben Professor Burgers.

Er teilte Meta darin mit, daß Frau Petermann nach ihrer Abreise einen sehr bedenklichen Schwächeanfall gehabt habe und seitdem sich nicht nur nicht erholen könne, sondern recht beunruhigende Symptome zeige.

Sie liege zu Bett, schlafe viel und nehme an nichts Anteil. Das Herz arbeite so schwach, daß die geringste Aufregung ihr verhängnisvoll werden könne. Unter diesen Umständen habe er es nicht verantworten können, ihr Metas Brief zu übergeben, der möglicherweise Dinge berühre, an welche die Kranke am besten gar nicht erinnert werde.

Er wisse ja nicht, wie es dort stehe und in welchem Zustand sie ihren Gatten gefunden habe, aber wenn es Herrn v. Montellis Befinden irgendwie erlaube, würde er Meta dringend raten, nach der Villa „Pax" zurückzukommen. Wenn irgend etwas, so sei es vielleicht ihre Gegenwart allein, die Frau Bettinas schwachen Lebensfaden noch einmal verlängern könne.

Bei diesen Nachrichten erfaßte Meta eine ungeheure Aufregung. Sie maß sich selbst alle Schuld bei dieser Verschlimmerung bei. War die alte Frau denn nicht frischer gewesen, als man für möglich gehalten hatte? Nun stand es so schlimm um sie!

Seit ihrer Abreise. O, warum war sie gefahren! Warum war sie nicht dort geblieben, wo man sie lieb hatte, wo es still und friedlich gewesen und wo ihre Gegenwart ein Segen für Mama war!

Sie rief die Pflegerin zu sich.

„Bitte, Frau Wastler, bringen Sie mir Kleider, ich muß heute noch abreisen."

Die Frau erschrak.

„Aber das ist ja unmöglich, liebe, gnädige Frau! Sie brauchen mindestens noch einige Tage völlige Ruhe!"

Meta schüttelte ungeduldig den Kopf.

Ich fühle mich ganz wohl. Ich war im Leben nie ernstlich krank, und wenn es mich vorübergehend jetzt niederwarf, so ist diese Kleinigkeit nun ganz vorüber. Aber wenn ich auch krank wäre — ich muß fort, ich muß!"

Dabei blieb sie. Alle Vorstellungen waren vergebens. Frau Wastler mußte endlich nachgeben, um Meta nicht über Gebühr aufzuregen.

Und so stark war der Wille, gesund zu sein, in Meta, daß sie sich wirklich wider Erwarten kräftig zeigte.

Der Kutscher wurde beauftragt, einzuspannen. Meta wollte mit demselben Zuge fahren, den sie bei ihrer letzten Reise nach G. benutzt hatte.

Eine fieberhafte Unruhe beherrschte sie. Es war noch reichlich Zeit, um zur Station zu fahren, trotzdem sah sie alle Augenblicke auf die Uhr und fürchtete, zu spät zu kommen.

Mit Mühe und Not bewog sie die Pflegerin, die bis Pest mitfahren wollte, vorher noch eine Tasse Tee und ein paar Eier zu sich zu nehmen, was Meta endlich tat, weil sie selbst das Gefühl hatte, daß es nötig sei.

Mitten in diese Hast und Aufregung eines überstürzten Aufbruches hinein tat sich plötzlich die Tür von Metas Zimmer auf, und Montelli trat herein.

Er war soeben angekommen. Sein Aussehen entsetzte alle, die ihn sahen, Meta ausgenommen, welcher bei seinem Anblick alles Blut zum Herzen strömte vor Schrecken, so daß es ihr dunkel vor den Augen ward.

Alles, was sie durch ihn gelitten hatte, fiel ihr ein, als er so plötzlich vor sie hintrat. Aber nichts schien ihr in diesem Moment so unverzeihlich, als daß er sie ohne Not nach Dopolanyi gerufen und dadurch die Erkrankung der alten Frau Petermann herbeigeführt hatte.

Montelli sah Meta in Hut und Reisemantel, sah auf dem Tisch neben dem Teebrett die gepackte Reisetasche stehen und blickte seine Frau fragend an.

„Du willst fort? Wohin denn?"

„Zu Mama, von der ich mich nie hätte trennen sollen. Sie liegt im Sterben."

In Montellis Augen blitzte ein Hoffnungsstrahl auf. Er verlosch im nächsten Moment, aber Meta hatte ihn doch bemerkt und wandte sich voll Ekel von ihm ab.

Da sagte er ruhig, als sei nicht das Mindeste zwischen ihnen vorgefallen: „Ich werde dich begleiten."

Meta blieb mitten auf dem Weg zur Tür stehen, so starr war sie über diese bodenlose Unverfrorenheit. Dann warf sie ihm einen eisigen Blick zu.

„Danke, ich reise allein." Sie wandte sich an die Pflegerin, die verständnislos dreinsah.

„Sind Sie bereit, Frau Wastler? Es ist die höchste Zeit."

Ohne einen Gruß schritt sie hinaus, flog fast die Treppe hinab und sprang mit einer Eile in den Wagen, als fürchte sie, er könne seinen Entschluß, sie zu begleiten, trotz alledem noch ausführen.

Kaum saß die Pflegerin neben ihr, so zogen die Pferde an.

Meta warf keinen Blick zurück auf Dopolanyi, dessen Mauern dunkel gegen den Abendhimmel ragten. Sie hatte von niemand Abschied genommen als von Mariska, sie wollte auch nichts mehr sehen von dem Ort, der ihr so grausame Enttäuschungen gebracht hatte und den sie nun für immer verließ.

Diesmal hatte Meta ihre Ankunft durch eine Depesche an Lena angezeigt und Lorinser erwartete sie mit einem Wagen am Bahnhof.

Sie brauchte nur einen Blick auf sein verweintes, förmlich verfallenes Gesicht zu werfen, um alles zu wissen.

Sie war zu spät gekommen.

„Heute nacht — eine Stunde, ehe das Telegramm von der gnädigen Frau kam — ist sie eingeschlafen!" schluchzte der treue Alte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280614-15/fragment/page=0003

Entgleisung des Nachtzuges München—Frankfurt.

24 Tote, über 100 Verletzte.

Zwischen Nürnberg und Würzburg ereignete sich ein Eisenbahnunglück, das in seinem Ausmaße noch schrecklicher ist als das von Leiferde.

200 Meter hinter der Station Siegelsdorf entgleiste der Schnellzug D 47 München—Nürnberg—Würzburg—Frankfurt—Köln auf freier Strecke und stürzte den Damm hinunter. Die Folgen waren entsetzlich. Die Lokomotive stürzte die 10 Meter hohe Böschung hinab, überschlug sich und blieb mitsamt dem Tender in Richtung Nürnberg, tief in das Erdreich eingebohrt, liegen. Der nachfolgende Gepäckwagen blieb auf dem Bahnkörper stehen, während die nächsten fünf Personenwagen umfielen, zum Teil ineinandergeschoben und völlig zertrümmert wurden. Der mittlere Wagen ist gänzlich durchgeknickt, so daß die beiden Hälften nebeneinanderliegen.

Die Unfallstelle bietet ein Bild schrecklicher Verwüstung. Auf dem Bahnkörper steht noch ein Packwagen, der etwa 80 Meter in der Richtung nach Würzburg weitergerollt ist.

Neun Personen wurden sofort getötet. Weitere fünfzehn erlagen ihren Verletzungen nach der Einlieferung in die Krankenhäuser. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt fünf und elf Leichtverletzte wurden in Krankenhäuser gebracht. Außerdem hatten gegen 15 Personen Schnittwunden, kleinere Prellungen und Quetschungen davongetragen; diese konnten nach Anlegung von Notverbänden an Ort und Stelle ihre Reise fortsetzen.

Die Verunglückten stammen zum größten Teil aus Bayern. In dem Zuge befanden sich zahlreiche Eisenbahnbeamte, die einen Lehrkursus mitgemacht hatten und den schnellen D-Zug zur Heimfahrt benutzen wollten.

Die Untersuchung des Eisenbahnunglücks.

Vorläufig Unklarheit über die Ursache.

Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion Nürnberg hat die weitergeführte Untersuchung der Ursachen des Eisenbahnunglücks bei Siegelsdorf

noch kein Ergebnis gezeitigt.

Die Aufräumungsarbeiten werden voraussichtlich noch mindestens 14 Tage in Anspruch nehmen. Bis dahin muß bei der Station Siegelsdorf der eingleisige Betrieb durchgeführt werden.

Die bisherigen Feststellungen lassen den Schluß auf ein Attentat jedenfalls nicht zu. Die Geschwindigkeit des Zuges beträgt normalerweise an der Unglücksstelle 90 Kilometer und der Zugführer hatte sogar nur ein 80-Kilometer-Tempo eingeschlagen. Es scheint, als ob die Lokomotive irgendeinen Widerstand gefunden haben muß, der sie zum Umschlagen gebracht hat. Ob dieser Widerstand durch einen Gegenstand auf den Schienen hervorgerufen worden ist oder ob ein Achsenbruch der Lokomotive dafür verantwortlich zu machen sei, lasse sich zurzeit noch nicht übersehen. Man vermutet nach den verschiedenen

Berichten von Augenzeugen

und von Fahrgästen, die früher schon diese Strecke gefahren sind, daß der Oberbau oder der Gleisbau nicht in Ordnung gewesen ist. Diese Beobachtungen wurden auch von den genannten Passagieren den zuständigen Stellen zur Kenntnis gebracht. Verdachtsmomente, daß es sich um ein Attentat handeln könnte, sind trotzdem verschiedentlich aufgetaucht, doch liegen darüber keinerlei Anhaltspunkte vor. Immerhin werden es die bisherigen Feststellungen notwendig machen, daß auch von der Staatsanwaltschaft in Fürth

ein Strafverfahren eingeleitet wird.

In dem Befinden der Verletzten ist keine Änderung eingetreten. Die Ärzte hoffen, alle am Leben zu erhalten. Für die 19 in der Leichenhalle in Fürth aufgebahrten Toten wurde bereits bis auf einen von den Angehörigen die Beförderung in die Heimat angeordnet. Die im Nürnberger Krankenhaus Verstorbenen werden ebenfalls nicht dort bestattet werden.

*

Eisenbahnunglück im Staate Missouri.

Wie aus Oxford im Staate Missouri gemeldet wird, wurden bei einem Eisenbahnunglück 2½ Meilen von Oxford entfernt 30 Personen verletzt, davon 16 schwer. Der Zustand mehrerer von ihnen ist lebensgefährlich.

Nobile in Not.

Rettung aus eigener Kraft unmöglich.

So sehr die ersten Funkmeldungen von der „Italia"-Mannschaft die ganze Welt aufatmen ließen, so sehr wird man nun wieder durch die letzten Funksprüche von neuem beunruhigt. Die Mannschaft des Luftschiffes ist nach drei Richtungen hin verstreut, und die einzelnen dieser drei Abteilungen wissen nichts voneinander.

Funkverbindung besteht nur mit Nobile und acht Begleitern. Dieser Teil der „Italia"-Mannschaft befindet sich auf einer riesigen Eisscholle, die täglich mehr nach Südosten abgetrieben wird. Da die Schneestürme nachgelassen haben und eine wärmere Temperatur einsetzt, besteht für die Mannschaft

die Gefahr des Ertrinkens

beinahe stündlich. Allein an einem Tage ist Nobile fünf Kilometer abgetrieben worden. Außerdem ist ein Teil der Mannschaft erkrankt. So kann er das Land unmöglich erreichen, wenn ihm nicht Boote zur Verfügung gestellt werden. Die Gummiboote, die die „Italia" an Bord hatte, sind bei der Landung abhandengekommen.

Die zweite Gruppe der „Italia"-Mannschaft besitzt keine Radioapparate, wohl aber größere Lebensmittelvorräte als Nobile und seine Leute. Der Kapitän der „Citta di Milano" ist der Ansicht, daß man diese Gruppe verhältnismäßig leicht wird finden können, wenn das Luftschiff nach dem Verlust der ersten Gondel (in der sich Nobile befand) zum zweiten Male eine Notlandung vorgenommen hat. Es besteht aber auch die Möglichkeit, daß die zweite Landung mißglückt und dieser Teil der Besatzung verschollen ist.

Die dritte Gruppe besteht aus drei Mann, die augenblicklich versuchen, über das Eis hinweg das Land zu erreichen. Auch von dieser Gruppe hat man keine Nachricht. Der Marsch kann für die drei Leute sehr gefährlich werden, da sie kein Funkgerät haben und so sehr schwer aufzufinden sind.

Da die „Braganza" und die „Hobby" noch immer im Eise festliegen, wurde ein Motorschoner von Green Harbour abgeschickt, der Benzin, Proviant und Hundeschlitten geladen hat und versuchen soll, Lützow-Holm aus der Mosselbay abzuholen. Sobald das geglückt ist, wollen die beiden Flieger Holm und Larsen zusammen aufsteigen, Nobile suchen und den beiden Schiffen „Braganza" und „Hobby" den Kurs angeben. Es besteht aber

die Gefahr, daß die Schiffe nicht rechtzeitig genug eintreffen,

um Nobile vor dem Ertrinken zu retten. Die Auffindungsmöglichkeit der beiden anderen Abteilungen der „Italia"-Mannschaft scheint noch vollkommen ungeklärt zu sein.

Mehrfacher Mord im Jähzorn.

Unter dem Einfluß des Alkohols.

In dem Dorfe Osterweddingen bei Magdeburg tötete der 41jährige Feuerwehrmann Karl Schwan die Kriegerwitwe Eichmann, bei der er seit 1919 wohnte, ferner deren 14jährige Tochter. Seine beiden eigenen Kinder, ein 15jähriges Mädchen und einen 17jährigen Sohn, verwundete er schwer. Sie sind zwar lebend ins Krankenhaus gebracht worden, doch besteht keine Hoffnung, sie am Leben zu erhalten. Der Täter wurde

im Stall erhängt

aufgefunden. Auf einem hinterlassenen Zettel erklärte der Mörder, daß er die Tat aus Verzweiflung begehen werde. Der Täter, der mit der Frau Eichmann in Unfrieden lebte, war als jähzornig bekannt. Er kam in angetrunkenem Zustande nach Hause und man glaubt, daß er sich dann zu der Tat hinreißen ließ.

*

Zwei furchtbare Bluttaten in Leipzig.

Im Vorort Stötteritz bei Leipzig hat eine Frau ihrem acht Jahre alten Sohne Veronal eingegeben und als das Kind eingeschlafen war, ihm mit einem Rasiermesser die Pulsadern geöffnet. Das Kind wurde tot aufgefunden. Nach der Tat versuchte die Mutter sich mit dem Rasiermesser selbst die Kehle und die Pulsadern zu durchschneiden. Sie wurde noch lebend angetroffen und in die Universitätsnervenklinik gebracht. Eine zweite Tragödie hat sich im Stadtteil Volkmarsdorf zugetragen. Dort schlug ein 44 Jahre alter Fräser, bei dem sich in der letzten Zeit wiederholt Anzeichen von Geistesgestörtheit bemerkbar machten, seiner im Bett liegenden Ehefrau mit einem Hammer auf den Kopf. Die Frau konnte sich aber durch die Flucht retten. Der Fräser versuchte dann, sich die Kehle mit einem Dolche zu durchschneiden. Er und seine Frau wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Goethes fürstlicher Freund.

Zum 100. Todestage Karl Augusts von Weimar.

Von den deutschen Fürsten des 18. Jahrhunderts war, wenn man von Friedrich dem Großen absieht, keiner so bekannt wie der Großherzog Karl August von Sachsen-Weimar-Eisenach, dessen Todestag sich am 14. Juni zum hundertstenmal jährt. Seine Berühmtheit verdankte dieser Fürst vor allem seinen freundschaftlichen Beziehungen zu den großen Dichtern, die während seiner Regierungszeit und durch ihn in generöser Weise gefördert, Weimar zum Mittelpunkt der deutschen Literatur gemacht hatten, zu Goethe und Schiller, zu Wieland und Herder, um nur die größten zu nennen. Der Weimarer Fürsten- und Geisteshof war unter Karl August ein Musenitz, wie ihn im ganzen Deutschen Reiche kein anderes Land aufzuweisen vermochte; nur das Fürstengeschlecht der Medieeer in Italien hatte einst in gleich großzügiger Weise der Dichtkunst und den Dichtern eine gastliche Stätte bereitet. Dabei war Karl Augusts Interesse für literarisches Schaffen durchaus nicht so groß, wie man das oft behauptet hat, um seinem Charakterbild eine glänzende Folie zu geben; Naturwissen-

Großherzog Karl August.

schaften, Astronomie und Physik standen seinem Herzen weit näher als Lyrik und Drama, aber der neun Jahre ältere Goethe, den er als Achtzehnjähriger nach Weimar eingeladen hatte, um ihn zeit seines Lebens nicht mehr wegzulassen, übte einen so faszinierenden Eindruck und Einfluß auf ihn aus, daß er vor allem Literarischen, das um ihn wurde und wuchs, sich tief verneigte und es stillschweigend bewunderte.

Als einjähriger Knabe schon wurde der am 3. September 1757 geborene Karl August Herzog — den Titel Großherzog erhielt er erst auf dem Wiener Kongreß — von Weimar. Bis zu seiner Großjährigkeit führte jedoch seine Mutter Anna Amalia, eine Nichte Friedrichs des Großen, die „Seele" des weimarischen Musenhofes, die Obervormundschaft und die Landesverwaltung. Lehrer des Prinzen und seines jüngeren Bruders, eines „nachgeborenen" Sohnes der Herzogin, wurde 1772 Wieland, der Dichter des „Oberon". 1775 übernahm Karl August selbst die Regierung, vermählte sich mit einer gleichaltrigen Prinzessin von Hessen-Darmstadt — „Engel Luischen" nannte sie die Hof- und Dichtergesellschaft — und berief bald darauf Goethe, den er ein Jahr vorher auf der Durchreise in Frankfurt a. M. kennengelernt hatte, an seinen Hof. Mehr als 50 Jahre verband ihn unbedingtes Vertrauen und eine nur selten gestörte Freundschaft mit dem Dichter des „Faust", den er zum Mitglied des Staatsrates, zum Finanzminister, ja sogar zum Leiter des weimarischen Kriegswesens machte. Der Herzog duzte den Dichter, anfangs Goethe auch ihn, sogar in Briefen; allmählich erst trat das Sie an die Stelle.

Was Karl August als regierenden Fürsten angeht, so wird ihm nachgerühmt, daß er auf politischem Gebiet einen sichern und freien Blick bewährt habe. Er war entschieden ein vielseitiger Mann voll Initiative, freidenkend und vorurteilslos und voll politischer Ambitionen. Im preußischen Dienst machte er die Feldzüge in Frankreich mit, schloß sich aber später, um sein Land zu retten, dem auf Napoleon eingeschworenen Rheinbunde an und ging erst nach der Völkerschlacht von Leipzig zu den Verbündeten über. Zu seinem Ruhme muß hervorgehoben werden, daß er der erste deutsche Fürst war, der 1816 die versprochene landständische Verfassung in seinem Lande einführte, und daß er seinen liberalen Anschauungen vielen Verleumdungen zum Trotz treu geblieben ist. Am 14. Juni 1828 ist er zu Graditz bei Torgau gestorben. In der berühmten Fürstengruft zu Weimar, das bei Beginn seiner Regierung „nicht einmal eine kleine Stadt, sondern nur ein großes Schloß war", wie Frau von Stael sagte, und das dann unter seiner Ägide zu Weltberühmtheit gelangte, steht sein Sarg neben den Särgen der Dichterdioskuren Goethe und Schiller.

Staatsbürgerkunde v. Karl Itzig, Studienrat, Berlin. Selbstunterrichtsbriefe in Verbindung mit eingehendem Fernunterricht, herausgegeben vom Rustin'schen Lehrinstitut. Redigiert von Professor Itzig. 4 Briefe a Goldmark 1.—. Verlag Bonneß & Hachfeld, Potsdam und Leipzig.

Im Artikel 148 der Reichsverfassung heißt es, daß Staatsbürgerkunde besonderes Lehrfach in den Schulen sein soll. Die Reichsverfassung betont dies in der klaren Erkenntnis, daß in einem parlamentarischen Staatswesen die Staatsbürgerkunde Allgemeingut sein muß. Jeder Staatsbürger muß über das Wesen seines Staates genau unterrichtet sein, er muß selbständig zu den Fragen der inneren und äußeren Politik und im Kampfe der Parteien aus eigener Kenntnis heraus Stellung nehmen können.

Die von Studienrat Itzig erschienene Staatsbürgerkunde führt auf Grund der Reichs-, Landes- und Kommunalverfassungen, der Gesetze sowie der sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen von Staat und Gemeinden voll und ganz in dieses Wissen ein.

Dadurch, daß diese Staatsbürgerkunde in dem Rahmen der bekannten Selbstunterrichtsbriefe erscheint, ist sie dem, der sich selbst belehren will, besonders zu empfehlen, sorgen doch ständige Wiederholungsfragen, mündliche und schriftliche Aufgaben für feste Einprägung des Stoffes und sicheres Wissen.

Die Briefe behandeln: 1. die Verfassung des Deutschen Reiches, 2. Die Landesverfassung. 3. Die Selbstverwaltung und die Staatsverwaltung. 4. Die allgemeine Staatslehre.

Es werden dann Einführungen gegeben in die Aufgaben des Staates: Heer, Rechtspflege, Kirche, Schulen, Handel und Gewerbe, Verkehr, soziale Fürsorge u. a. m.

Der 4. Brief ist das „Wörterbuch des Staatsbürgers". Immer wieder stößt man in Zeitungen, in politischen Reden wie in Büchern auf Fremdwörter oder andere nicht ganz klare Ausdrücke des politischen Lebens, ohne die Möglichkeit zu haben, sich über sie rasch und zuverlässig orientieren zu können. Diesem Mangel hilft der Brief 4 der Staatsbürgerkunde der Selbstunterrichtsbriefe Methode Rustin ab.

Kursbericht vom 12. Juni 1928

mitgeteilt vom

Bankverein Artern, Sprängerts, Büchner & Co.,

Abteilung Nebra.

Deutsche Anleihe Ablösungsschuld mit Auslosungsrecht	51,50	%
ohne	19,30	„
7% „ Prov. Sächs. Lbschftl. Goldpfandbriefe	86,90	„
8% „ „ „ „ „	94,10	„
7% „ Dtsch. Hyp.-Bank Meiningen Goldpfandbr.	91	„
8% „ „ „ „ „	98,50	„
7% „ Mitteldeutsche Boden-Credit A.-G., Goldpfandbr.	90	„
8% „ „ „ „ „ „	97,25	„
Deutsche Bank	168,50	„
Dresdner Bank	167	„
Commerz- und Privatbank	191,75	„
Hallescher Bankverein	129	„
Hapag	167,50	„
Norddeutscher Lloyd	158	„
AEG (Allg. Elektr. Ges.)	184½	„
IG Farben	275	„
Ilse Bergbau	258,50	„
Mansfelder Bergbau	120	„
Riebeck Montan	164	„
Rhein. Braunkohlen	84,25	„
Westeregeln Alkali	225	„
Leipziger Landkraftwerke	90,50	„
Zellstoff Waldhof	309,50	„
Wanderer-Werke	160	„
Adlerwerke	105	„
Riebeck-Brauerei	157,50	„
Braunschweigische Maschinen	—	„
Sturm A.-G.	76,74	„
Kuffhäuserhütte	61,50	„
Eisenwerk Brünner	25	„

Bekanntmachung.

Die Hausbesitzer werden aufgefordert, **das Gras auf den Bürgersteigen** vor ihren Hausgrundstücken bis **spätestens 20. Juni d. Js.** zu beseitigen.

Nebra, den 12. Juni 1928.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Sämtliche Wasserabnehmer werden aufgefordert, daß für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni d. Js. fällige **Wassergeld** bis **1. Juli d. Js.** an die Stadtkasse zu zahlen. Das bis dahin nicht entrichtete Wassergeld wird eingezogen.

Es treten dann zu dem Wassergeld die gesetzlichen Einziehungsgebühren.

Nebra, den 12. Juni 1928. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Betr. Elternbeiratswahl am 24. Juni 1928.

Wahlvorschläge

für die Elternbeiratswahl am 24. Juni 1928 sind bis Donnerstag, den 14. Juni 1928 18 Uhr bei dem Wahlvorsteher Schlosser Karl Artelt einzureichen.

Nebra, den 12. Juni 1928

Die Schulleitung. J. V.: Hohlbein.

Bruch-Heilung

„Hermes" „Hermes"

Ohne Operation, ohne Berufsstörung

wurde durch unsere Behandlungsart sogar in schwersten Fällen in erstaunlichem Maße erzielt und uns in Hunderten von Attesten bestätigt.

Zur Behandlung kommen Leisten-, Schenkel-, Nabel-, Narben-, Bauch- und Wasserbrüche.

Notariell beglaubigte Referenzen liegen im Wartezimmer aus oder werden auf Wunsch zugesandt, z. B.:

Ich bestätige hiermit, daß mein 26jähriger schwerer Leistenbruch durch **„Hermes"** innerhalb 4 Wochen vollständig geheilt ist, selbst unser Arzt war sehr erstaunt darüber. **Karl Arnold, Lichtenstein-C.** 9.2.28.

Fühle mich verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß mein Bruder und ich durch Ihr Heilverfahren „Brucheiden ohne Operation" geheilt sind. Ich kann seitdem jede Arbeit verrichten, ohne Schmerzen zu haben. **Herbert Walther u. Albert Walther, Harrroda i. Th.** 12.11.27.

Dem **„Hermes"** Aerztlichen Institut für orthopädische Bruchbehandlung bestätige ich, daß mein Bruchleiden durch Ihre Methode vollständig geheilt ist. Ich kann jetzt jede Arbeit ohne Beschwerden verrichten. Ich kann jedem das Institut „Hermes" empfehlen. **Ernst Weber,** Steinbauer, **Frankroda, Werra.** 1.4.28.

Sprechstunde unseres Vertrauens-Arztes in: **Naumburg:**

Sonntag, 17. Juni, vorm. 9—2 Uhr, Bahnhofs-Hotel Kaiserhof.

„Hermes" Aerztliches Institut f. orthopädische Bruchbehandlung, G.m.b.H., Hamburg, Esplanade 6. (Leitender Arzt: Dr. H. L. Meyer.) Aeltestes und größtes **ärztliches** Institut dieser Art.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280614-15/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 69 — Donnerstag, den 14. Juni 1928 — 41. Jahrgang

Parker Gilbert meldet sich.

In der Luisenstraße unweit dem Reichstag in Berlin sitzt seit nunmehr fast vier Jahren der Generalagent der Reparationskommission mit seinen Unteragenten und seinem nicht gar sehr großen Bureau. Und nicht bloß alle Jahre wird von ihm ein dickleibiger Bericht herausgegeben, sondern dieser Amerikaner, dessen Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit auch der Deutsche anerkennen muß — nur selten sieht man ihn dort, wo das „gesellschaftliche" Berlin sich trifft — gibt auch jeden Sommer noch einen nur wenig dünneren Zwischenbericht darüber heraus, wie Deutschland seine Dawes-Zahlungen geleistet hat und wie diese verwendet wurden. Dieser Bericht ist aber auch eine bisweilen ausgezeichnete Darstellung der deutschen Finanzverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden, der deutschen Wirtschafts-, Währungs-, Kredit-, Tarifpolitik usw. Allerdings gucken bei den Ausführungen überall bestimmte Tendenzen deutlich genug hervor.

Neun Monate, die Zeit vom 1. September bis zum 1. Juni, umfaßt der soeben wieder erschienene Bericht des Reparationsagenten und in diesen neun Monaten hat Deutschland pünktlich und regelmäßig, auf den Fälligkeitstag genau, im ganzen fast anderthalb Milliarden an das Bureau in der Luisenstraße überwiesen. Davon hat Parker Gilbert 598 Millionen für die Bezahlung von deutschen Sachleistungen an die Gläubigerstaaten benutzt — England und die Vereinigten Staaten kommen hierfür nicht in Frage —, aber 654 Millionen hat er „in fremder Währung transferiert". Unter dieser Bezeichnung — das ganze Zahlungs- und Überweisungssystem des Dawes-Planes ist ja überaus kompliziert — versteht man die Zahlungen, die an diese Gläubigerstaaten in deren Währung zu leisten sind, und dazu gehört vor allem die 26prozentige Zuschlagsabgabe, die jeder deutsche Exporteur auf seine Ware bei der Ausfuhr nach England und nach Frankreich zu entrichten hat und die ihm dann von der deutschen Regierung durch das Bureau des Reparationsagenten rückvergütet wird. Dazu gehören aber auch Barleistungen für die Besatzungstruppen, gehören vor allem die eigentlichen Barzahlungen, die der Generalagent in Devisen an die Gläubigerstaaten überweist. Unter diesen letztgenannten verbirgt sich das eigentliche Transfer„problem". 260 Millionen sind in dieser Art über die deutsche Grenze gegangen, eine Summe, die wieder beträchtlich höher ist als die des Vorjahres.

Zum erstenmal hat sich auch das Verhältnis zwischen den Sachlieferungen (Zahlungen in Reichsmark) und den Bartransfers (Zahlungen in fremder Währung ganz allgemein) insofern grundlegend geändert, als die Sachlieferungen nur noch 47 Prozent der Gesamtleistungen ausmachen, also weniger als die in Valuten. Obwohl die Sachlieferungen an sich nicht unbedeutend gestiegen sind, — aber die Gesamtzahlungssumme ist eben im jetzt laufenden vierten Dawes-Jahr, das am 1. September zu Ende ist, wieder erheblich höher geworden. Wir sind immer noch in der „Übergangsperiode". Und im nächsten, dem „Normal"jahr, schnellen die Zahlungen „aus dem Reichshaushalt" um 750 Millionen bis zu einer Gesamtbelastung von 2,5 Milliarden in die Höhe oder — noch höher. Wenn es uns nämlich wirtschaftlich gut geht, dann wird der „Wohlstandsindex" angelegt und die Zwangszahlung demgemäß höher geschraubt.

Es ist bekannt, daß der Reparationsagent schon seit langem den theoretisch immer noch „vorläufigen" Dawes-Plan zu einem endgültigen umgestaltet wissen will, zum mindesten nach Ablauf des ersten „Normal"jahres und dann unter Festlegung einer Endsumme, eines „endgültigen Übereinkommens auf der Basis gegenseitiger Verständigung". Viel Gegenliebe hat Parker Gilbert dabei noch nicht gefunden und nur für Deutschland wäre dies ein zweischneidiges Schwert. Wenn der „Wiederaufbau Europas", von dem der Reparationsagent spricht, etwa nur darin bestehen soll, daß Deutschland auf viele Jahre hinaus bis zum Weißbluten ausgesaugt wird, dann haben die Schöpfer dieses Planes mehr als eigenartige Anschauungen über wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Der Bericht des Reparationsagenten.

Parker Gilbert stellt in seinem Bericht einleitend fest, daß die deutschen Zahlungen regelmäßig und pünktlich trotz des wachsenden Aufkommens an Reparationsleistungen erfolgten. Zwar bestände in der öffentlichen Finanzwirtschaft noch die Tendenz übermäßiger Ausgabe- und Anleihegebaren, doch ermutige die Tatsache, daß die Reichsregierung in letzter Zeit die Notwendigkeit der Innehaltung gewisser Grenzen in der öffentlichen Anleihewirtschaft erkannt habe. Die Konjunktur der deutschen Wirtschaft habe anscheinend ihren Höhepunkt erreicht; die Lohn- und die durch diese verursachten Preissteigerungen würden indessen unter Umständen künftighin die Ausfuhrmöglichkeiten beeinträchtigen. Der Kredit sei noch immer knapp. In dem Abschnitt über den deutschen Haushalt wird die durch verschiedene Maßnahmen dokumentierte Führerschaft des Reiches im öffentlichen Finanzwesen als ein klarer Fortschritt in der Richtung eines gesunden und geordneten Finanzgebarens bezeichnet. Ein baldiger und endgültiger Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern sei erwünscht. Die auswärtige langfristige Verschuldung seitens öffentlicher und privater Stellen ohne die Dawes-Anleihe schätzt Gilbert auf 5350 Millionen Mark. Die kurzfristige Verschuldung sei kaum viel geringer. Wenn Deutschland weiter Auslandskredit erhalten wolle, so sei es erforderlich, das Vertrauen des ausländischen Anleihezeichners weiter zu befestigen. Das führe aber hinwiederum auf die Frage der Feststellung der endgültigen Reparationsschuld, der auch das kurze Schlußwort des Berichtes noch einige Ausführungen widmet. Der Plan ist nicht Selbstzweck. Im Interesse aller Beteiligten läge es, „durch gemeinsames Abkommen zu einer endgültigen Regelung, und zwar, wie die Sachverständigen beschlossen hätten, so bald, wie die Umstände dies erlaubten, zu gelangen".

Besonders hervorgehoben seien noch die Ausführungen, die der Generalagent über

die Lage der Landwirtschaft

macht. Er meint, daß das Problem infolge der hohen Zinsen schwer zu behandeln sei. Die vom Reiche im Notprogramm vorgesehenen Maßnahmen und der Plan des Enquete-Ausschusses hätten nur beschränkte Bedeutung, da die Reichsmaßnahmen eingestandenermaßen Notbehelfe darstellen und das Gutachten der Enquete sich nicht mit den umfassenderen Kreditproblemen, von denen der landwirtschaftliche Kredit nur eines sei, befasse. Die Knappheit des landwirtschaftlichen Kredits und die hohen Zinssätze seien das Ergebnis zahlreicher Ursachen, von denen nicht die geringste darin läge, daß die Kommunalbehörden, welche sich auf die Steuerkraft stützen könnten, Kreditbedingungen eingehen können, welche die Landwirtschaft weder zahlen noch durchhalten könnte. Ermutigend sei es, daß man in Deutschland immer mehr Bedacht nähme auf die grundsätzlichen Verschiebungen, die die Nachkriegszeit für die Landwirtschaft auf der ganzen Welt mit sich gebracht habe. Vernünftigerweise sei anzunehmen, daß bei der lebenswichtigen Reorganisation landwirtschaftlicher Methoden zunächst Bedacht genommen werde auf solche Produktionszweige, welche ein dichtbevölkertes Industrieland am besten aufrechterhalten könne, z. B. Milch, Vieh, Geflügel und Gemüse, und bei dem am besten Raum für Verbesserungen sowohl in bezug auf die Produktions- wie auf die Handelsmethoden gegeben sei.

Demission des Kabinetts Marx

Müller-Franken mit der Regierungsbildung beauftragt.

Reichskanzler Dr. Marx hat, wie dies kurz nach den Reichstagswahlen vereinbart worden ist, am Dienstag, dem Vortage des Zusammentritts des neuen Reichstages, dem Reichspräsidenten die Demission des Gesamtkabinetts überbracht. Reichspräsident von Hindenburg hat die Demission entgegengenommen, das Kabinett aber gleichzeitig ersucht, bis zum Zusammentritt der neuen Reichsregierung die Geschäfte weiterzuführen. Im Anschluß hieran hat der Reichspräsident den Abg. Hermann Müller-Franken (Soz.) empfangen und ihm den Auftrag zur Bildung der Regierung erteilt, den Abg. Müller-Franken annahm.

Dr. Marx, der scheidende

Abg. Müller-Franken, der kommende

Reichskanzler.

Abg. Müller-Franken nahm sofort im Reichstag die [illegible] Parteiführern über die [illegible] unterhandelte mit [illegible] icht (Bayer. Vp), [illegible] och-Weser (Dem.) [illegible]. Es handelt sich [illegible] um eine Fühlung- [illegible] keit der Parteien, [illegible] iligen, aber noch [illegible]

[illegible] mmenden Parteien [illegible] Großen Koalition [illegible] ird von ihnen die [illegible] s gefordert, nach [illegible] sollen. So wird [illegible] ne Ansprüche auf [illegible] ß die Volkspartei [illegible] entums und der [illegible] Volkspartei Zu- [illegible] der Länder unter [illegible] nicht mehr beein- [illegible]

[illegible] icht, sein Kabinett [illegible] ingen. Er wollte [illegible] inem ins einzelne [illegible] Reichstag vorstellt, [illegible] n für die beab- [illegible] edachte. Seine in [illegible] sen scheinen ihm [illegible] olgen zu wollen, [illegible] zu fordern. Unter [illegible] Bildung der neuen [illegible] rten lassen, zumal [illegible] Schwierigkeiten bestehen sollen.

*

Ablesen verboten!

Der Reichstagspräsident hat die Entfernung des Rednerpultes von der Rednertribüne des Reichstages angeordnet, um den Reichstagsabgeordneten das Ablesen vorbereiteter Reden unmöglich zu machen. Er hofft, die parlamentarischen Debatten dadurch interessanter zu gestalten.

Aussprache über die Regierungserklärung.

Preußischer Landtag.

(3. Sitzung.) tt. Berlin, 11. Juni.

Präsident **Bartels** eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Min.

Auf der Tagesordnung steht die allgemeine Aussprache über die Regierungserklärung. Verbunden damit sind die Mißtrauensanträge der Deutschnationalen und der Kommunisten.

Die Aussprache wird eröffnet durch den Abg. **Herold** (Ztr.), der eine

gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien

abgibt, in der es heißt:

Die Regierungsparteien billigen die Erklärung, die durch den Ministerpräsidenten Dr. Braun namens des Staatsministeriums abgegeben worden ist. Sie stimmen den Richtlinien der Regierung zu, die auf die soziale und kulturelle Hebung der breiten Volkskreise und die Förderung der Wirtschaft hinzielen.

Sie sind insbesondere auch ihrerseits bereit, zu gegebener Zeit in eine Beratung über die Erweiterung der Regierungsbasis unter den vom Staatsministerium dafür angegebenen Voraussetzungen einzutreten.

Abg. **v. Winterfeld** (Dtn.) betont, daß nach der Verfassung der Landtag den Ministerpräsidenten zu wählen hat. Danach hätte die Regierung zurücktreten müssen. Die Regierungserklärung habe nichts Neues gebracht; deshalb spreche seine Partei der Regierung das Mißtrauen aus.

Abg. **Pieck** (Komm.) trat für den kommunistischen Amnestieantrag ein.

Abg. **Eichhoff** (D. Vp.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt, die Deutsche Volkspartei habe bereits im letzten Landtag erklärt, daß sie der Regierung in ihrer heutigen Zusammensetzung ein Vertrauen nicht aussprechen könne. An dieser Stellungnahme habe sich nichts geändert. Die Deutsche Volkspartei halte auch an ihrer immer eingenommenen Stellung fest, daß im Reich und in Preußen im Interesse einer reibungslosen Zusammenarbeit gleichartige Regierungen zu bilden sind.

Abg. **Biester** (Deutsche Fraktion) erklärt, der Mittelstand habe bisher immer vergeblich auf die ihm versprochene Hilfe gewartet. Wenn der Ministerpräsident seine Politik unverändert fortsetzen wolle, bedeute das den

Ruin des Mittelstandes.

Abg. **Ladendorff** (Wirtschaftspartei) bezeichnet es als sehr kühne Behauptung, daß die Politik der Weimarer Koalition von den Wählern gebilligt worden sei.

Abg. **Kube** (Nationalsoz.) bringt die Zustimmung seiner Gruppe zu den Mißtrauensanträgen zum Ausdruck.

Nach weiteren kurzen Ausführungen von Mitgliedern der Regierungsparteien wird die Weiterberatung auf Dienstag vertagt. Der Abg. Kube wird noch nachträglich wegen des Vorwurfes gegen den Justizminister, daß dieser die Verlumpung des Richterstandes herbeigeführt habe, zur Ordnung gerufen.

Der Mandatsausschuß des Völkerbundes tagt.

Fragen, die frühere deutsche Kolonien betreffen.

Der Mandatsausschuß des Völkerbundes ist zu seiner 13. Tagung zusammengetreten. Der langjährige Präsident Teodoli (Italien) und der Vizepräsident van Rees (Holland) wurden in ihren Funktionen bestätigt.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung sieht die Behandlung des von der Regierung Neuseelands vorgelegten Berichts über die Unruhen auf Samoa vor. Das deutsche Mitglied des Mandatsausschusses, Geheimrat Kastl, wurde zum Berichterstatter über die Auflösung einiger Selbstverwaltungen der Eingeborenen ernannt. Außerdem wird sich der Ausschuß von neuem mit der bereits früher behandelten Bittschrift der deutschen Togoländer befassen.

Kellogg über seinen Friedenspakt.

Alle Völker sind einverstanden.

Anläßlich der Dreihundertjahrfeier der holländischen reformierten Kirche in Newyork hielt Staatssekretär Kellogg eine Rede, in der er auf den von ihm vorgeschlagenen Kriegsverzichtspakt zu sprechen kam.

Von allen Regierungen — so führte er aus —, an die der Vorschlag der Vereinigten Staaten sich richtete, seien zustimmende Antworten eingelaufen. Auch andere Staaten hätten den Wunsch geäußert, sich dem Vertrag anzuschließen. Alle Völker der Welt seien bestrebt, eine möglichst wirksame Sicherung des Friedens zu schaffen. Es gebe keine Regierung, die diesem Friedenswillen der Völker entgegenarbeiten könne. Der Vertragsentwurf sei allgemein verständlich und frei von Hintergedanken.

Kellogg erklärte zuletzt, daß es nicht zu optimistisch sei, wenn man hoffe, zahlreiche Regierungen demnächst zur Unterzeichnung des Vertrages bereit zu finden. An den Verhandlungen seien bisher 15 Staaten beteiligt. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwarte auch die Unterstützung aller Kirchen für diese Bewegung zur Förderung des Weltfriedens.

Der Berliner Kongreß von 1878.

Vor fünfzig Jahren, am 13. Juni 1878, trat unter Bismarcks Leitung in Berlin ein Kongreß zu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280614-15/fragment/page=0005